

# Freie Demokratische Partei

FDP im Gemeinderat der Gemeinde Sinzheim

## **Jahresbilanz 2019/2020 aus dem Gemeinderat**

Auf Gemeindeebene endete im letzten Jahr die zweite Amtsperiode in Folge. Mit verjüngtem und vergrößertem Kandidatenfeld konnten wir wieder 6 % der Stimmen erringen, was uns leider aufgrund der nur zu einem Drittel genutzten Stimmzettel nur zu einem Sitz im Gemeinderat reichte.

Aktionen im Gemeinderat wie in den Veröffentlichungen standen stets unter dem Leitmotiv der FDP

### **mehr Chancen durch mehr Freiheit!**

Unsere **vorrangigen Ziele**

- 1.** bestmögliche Bildung für alle
- 2.** Vorankommen durch eigene Leistung
- 3.** selbstbestimmt in allen Lebenslagen
- 4.** Freiheit und Menschenrechte weltweit
- 5.** Politik, die rechnen kann
- 6.** ein unkomplizierter Staat

habe ich auf Gemeindeebene wie im Kreisverband Rastatt auch im vergangenen Jahr konsequent angegangen und darf dies wie folgt skizzieren:

Als alleiniges Mitglied der FDP hatte ich das „volle Programm“ zu erledigen: Seit dem Beginn der neuen Amtsperiode Anfang Juli 2019 waren es bis zur diesjährigen Sommerpause 15 Sitzungen des Gemeinderates. In den drei beschließenden Ausschüssen (Technischer Ausschuss – 2 Sitzungen; Bauausschuss – 6 Sitzungen; Verwaltung und Soziales -3 Sitzungen) waren es weitere 11 Sitzungen. Aus den Arbeitskreissitzungen (Kindergärten, Familie und Soziales, Seniorenheim) wurde ich – ebenso wie die beiden Kollegen von der SPD – „entlassen“, weil die Ratsmehrheit dem Verwaltungsvorschlag folgte, zur „Stärkung der Fraktionsrechte“ (!! ) auch die Ausschüsse nur noch aus den Fraktionen zu besetzen. Und noch gravierender: Beiden Gliederungen wurde auch das Informationsrecht im Nachrichtenblatt genommen: Dort darf nun nicht mehr „Aus dem Gemeinderat“ berichtet werden, sondern nur noch „Aus den **Fraktionen** des Gemeinderates“: Mein gegen diese undemokratische



**Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat**

Neuregelung gerichteter Antrag fand am 27.11.2019 leider nur die Zustimmung von 7 der anwesenden 20 Mitglieder des Gemeinderates.

Leider hat die Homepageumstellung der FDP parallel dazu geführt, dass ich dieses Medium nun seit einiger Zeit nicht mehr für meine Informationen nutzen kann – an einer neuen Homepage arbeiten wir aber.

Ergänzend zu den bisherigen regelmäßigen Berichten auf der Homepage – die wir in praktikablem Umfang wieder einstellen werden – und den Berichten in der Tagespresse darf ich folgende mir wesentlichen **Projekte** unserer Gemeinderatsarbeit benennen:

### **1. Umsetzung des Projektes **Lothar-von-Kübel-Realschule** (Neubau/Erweiterung):**

Mit Bauzeitenplan, Vergaben (mit Kostenüberwachung) und Gestaltung des Ganztagsschulbetriebes incl. der Einrichtung der Mensa waren wir abschließend gefordert. Die Außenanlage wurde in einem dritten Bauabschnitt deutlich über das ursprünglich geplante Volumen hinaus entwickelt. Letzteres mit meiner Zustimmung, weil die Hauptmaßnahme dank eines exzellenten Architekten am Ende bei gutem technischem Stand voraussichtlich deutlich preiswerter als geplant realisiert werden kann.

- Die für den Herbst 2019 zugesagte Schlussabrechnung ist allerdings immer noch nicht vorgelegt worden!!
- Und auch wenig erfreulich: Mensa und Ganztagschule werden zwar gut angenommen, aber wir haben leider doch keine Auslastung, die in unserem ursprünglichen Budget liegt. Mit Unterstützung der Lehrerschaft hoffen wir nach wie vor aber darauf, mit steigendem Ganztagsbetrieb die Auslastung erhöhen und damit den Gemeindezuschuss reduzieren zu können.

### **2. Umnutzungskonzept **Schwesternwohnheim/Fortsetzung Sanierung Ortszentrum****

Mit dem Nutzungskonzept „unserer“ ansässigen Steuerberatungsgesellschaft – einschließlich öffentlicher Nutzung – war der „Abbruch“ des Schwesternwohnheimes zwar vom Tisch, aber dieses Angebot kam nicht zum Zuge.

Da das neue „Umbaukonzept“ eines privaten Gutachters eine „erschwingliche“ **Umnutzung für Wohnzwecke** im Zentrum aufzeigte - und auch das Landratsamt „Druck machte“, die leerstehende Immobilie auch für die *Unterbringung von Flüchtlingen* zu öffnen – sind wir aber bei diesem Projekt deutlich vorangekommen:

Temporäre Flüchtlingsunterbringung, Mensa für Kindergarten wie Grundschule und Betreuung von Jugendlichen sind teilweise verwirklicht und eine „Begegnungsstätte“ geschaffen, die gut angenommen wird. Wohnungen werden aktuell umgebaut und die Heizungsanlage erneuert. Fertiggestellte Wohnungen gehen zu „moderaten“ Konditionen in die Vermietung für Jedermann. Und da nach breiter Bürgerbeteiligung auch für Erwachsenengruppen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, kann man insoweit von einem neuen Angebot in Richtung „**Familienzentrum**“ sprechen, das neben der Schaffung preiswerten Wohnraums im Zentrum nun eine neue Alternative zum aufgegebenen Abbruch darstellt. Und der schöne Festsaal der Schwestern wird nun auch – auf mein Drängen hin – in erheblich größerem Umfang durch Vereine und Volkshochschule genutzt, weil die Nutzung- in begrenztem Umfang – nun freigegeben wurde.

Für die „Restflächen“ – insbesondere das denkmalgeschützte Gebäude in der Hauptstraße und den ehemaligen Küchen- und Verwaltungstrakt in der Kirchstraße - hatten wir in den Vorjahren schon (ebenso wie für einen „Grünzug“) Konzepte entwickelt und kamen mit einem Investor zum Abschluss, der nach dem Abbruch des Wirtschaftsgebäudes nun mit den Baumaßnahmen für neue Wohngebäude begonnen hat und die Sanierung des denkmalgeschützten ehemaligen Kinderheimes auch übernommen hat.

Mittelfristig bleibt noch die Umgestaltung des miterworbenen Kindergartens – der in kirchlicher Trägerschaft fortbesteht – als eine wesentliche Aufgabe, leider nach „Corona“ mit dem Wermutstropfen, dass dieses Umgestaltung aus finanziellen Gründen wohl hinausgeschoben werden muss.

In engem Zusammenhang mit der „Umwidmung“ des Sankt Vinzenz Geländes waren auch der Verkehrszugang zum Pflegeheim (alt und neu; dazu nachfolgend) zu klären und die Sanierung des nördlichen Teils der Hauptstraße endlich anzugehen. Letztere wurde so verwirklicht, dass durch Bildung sachgerechter Bauabschnitte die Anlieger möglichst wenig beeinträchtigt wurden und – erfreulich –

der Bauzeitenplan vorfristig abgeschlossen werden konnte. Und ich habe Wert darauf gelegt, dass für die anschließende Kreuzung -und damit auch die folgenden Geschäfte – baldige Folgemaßnahmen ins Visier genommen werden, aber auch hier gilt: Unsere gesamte bisherige mittelfristige Investitions- und Finanzplanung muss auf den Prüfstand.

### **3. Erschließung Baugebiet nördlich Curatio** für Erweiterungsbau Curatio (statt Baumaßnahme auf Sankt Vinzenz-Gelände):

Der Betreiber hatte bereits 2015 die Schaffung der nötigen Pflegeplätze statt im Sankt Vinzenz-Gelände im nördlich anschließenden Bereich projektiert. Für die Erschließung der dortigen Baulandreserve erbrachten Verwaltung und Gemeinderat dem Betreiber die wesentlichen baurechtlichen Vorarbeiten (Bebauungsplan), konnten aber leider nicht alle Grundstückseigentümer zu einem Verkauf für diesen Zweck mobilisieren.

Erfreulicherweise konnte aber 2019 doch noch eine veränderte Variante beschlossen werden, mit der sich das benötigte Volumen an Plätzen für betreutes Wohnen und Pflege mit dem jetzigen Betreiber schaffen lässt. Und sich sogar mit einer Tiefgarage und einer Erschließung der Zufahrt durch den Bauträger des Erweiterungsgebäudes die Maßnahme bis Mitte 2020 tatsächlich fertigstellen ließ: Aktuell wird der Neubau bezogen.

### **4. Abwehr öffentliche Investition Minigolfplatz zugunsten privater Lösung:**

Die schon 2016 gefundene private Lösung konnte auch 2018/2019 zunächst noch nicht angegangen werden durch den Betreiber des Seniorenheimes, weil es unverändert bürokratische Hindernisse (bei der Zuschussgewährung aus einem EU-Projekt) gab. Später war die unsichere Projektentwicklung "Erweiterung Pflegeheim" Hemmschuh! Wie beim Erweiterungsprojekt des Seniorenheimes zeigte sich auch hier: *Die bürokratischen Hürden sind zu hoch!*

Jetzt geht es aber auch dort weiter, so dass der uns lieb – aber doch sehr teuer - gewordene Mehrgenerationenpark weiter aufgewertet werden und so auch der gewünschte „Mehrgenerationen-Effekt“ gefördert werden kann.

## 5. Aufschiebung Erweiterung Friedhofskapelle

Vorrang nach Nutzen-Kosten-Betrachtung:

Die Großinvestitionen Lothar-von-Kübel-Realschule und Schwesternwohnheim hatten bisher dazu geführt, dass Renovierung, Erweiterung oder gar Neubau der Friedhofskapelle in Sinzheim im Zeitfenster nach hinten gerückt waren. Nun stehen m. E. „wichtigere“ Überplanungen für den Kindergarten Sankt Vinzenz und das Projekt „Sportanlage“ für den SV Sinzheim – mit hohen Investitionsanforderungen vorrangig auf dem Prüfstand. Und: Die drastisch verschlechterte Finanzsituation durch „Corona“ kommt hinzu.

Unverändert: Vielleicht können wir die Erfahrungen im Bühler Stadtrat zu gegebener Zeit schon nutzen: Dort stellt man – auch im Hinblick auf veränderte Bestattungsverhältnisse - teilörtliche Bauten konkret auf den Prüfstand.

Nach praktizierten großen Trauerfeiern in Sankt Martin war der Boden reif dafür, dass politische **und** kirchliche Gemeinden für dieses Thema **gemeinsam** eine Lösung finden, die den sachlichen Bedürfnissen unserer Bürger und unseren finanziellen Möglichkeiten besser entspricht als die bisherige Praxis. Nach grundsätzlicher Zustimmung der Kirchengemeinden wird sich eine von mir schon lange verfolgte Idee nun eventuell auch mittelfristig umsetzen lassen: Eine Lösung, die nach den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Trauergemeinden und unter deren Mitwirkung gestaltet wird – einschließlich eben der großen Trauerfeiern in den Kirchen. *Voraussetzung dafür ist aber, dass den Angehörigen – über die politische Gemeinde, Bestatter und Kirchen – diese Möglichkeit auch bewusst gemacht wird.*

Wir sind im Gemeinderat aber auch schon einen Schritt weiter gegangen und haben nicht nur die Investitionskosten nach Renovierung und Erweiterung getrennt budgetiert. Wir haben uns auch die „Mängel“ bei einem Ortstermin angesehen: Mir scheint auch insoweit weder Eile geboten noch der Umfang so gravierend wie bisher dargestellt.

## 6. B 3 neu und Autobahnanschluss Baden-Airpark

Diese beiden für Sinzheim wichtigen Verkehrsprojekte begleiteten wir 2018/2019 eher nur „passiv“.

Die Anbindung der **B 3 neu** nach Müllhofen und zum Schulzentrum ebenso wie die Lärmschutzmaßnahme Kartung/Litzlung wurden fertig. Leider sind Schäden an der alten Bahn-Lärmschutzwand nun Ursache einer weiteren Verzögerung. Und an der Zufahrt nach Halberstung bleibt abzuwarten, ob wenigstens aus den kritischen Punkten nördlich der B 500 und Sandweiter und Haueneberstein die noch mögliche Konsequenz gezogen und eine Beampelung sofort realisiert wird. Diese war bisher vorgesehen für später - anstelle des von uns mit Unterstützung durch Gutachten favorisierten Kreisels.

Die Entscheidung über den **Autobahnanschluss** ist nun -aus meiner Sicht leider – gegen die Ostanbindung gefallen.

Ohne diese Anbindung werden die künftigen Verkehrsströme für unsere Teilorte Halberstung, Schiftung und Leiberstung noch problematischer werden – gerade nach der nun in greifbare Nähe rückenden Fertigstellung der B 3 neu. Aus meiner Sicht gab es keine bessere Alternative zu einem – in Teilen wohl noch verbesserbaren – BAB-Anschluss bei Halberstung. Dieser hätte gerade unseren Sinzheimer Mitbürgern in Schiftung, Halberstung und Leiberstung Entlastung bringen können, wenn das Planstellungsverfahren **für** die Ostanbindung abgeschlossen und diese Lösung auch in ansehbarer Zeit realisiert worden wäre:

Die **Ablehnung der Ostanbindung** wird nun auf noch viel längere Zeit die unbefriedigende Lärm- und Verkehrssituation für unsere Bürger in den Sinzheimer Teilorten und die Bürger in Hügelsheim nicht nur fortbestehen lassen, sondern noch verstärken.

Meine Meinung: Sinzheim und Hügelsheim haben mit der definitiven Ablehnung dieser vom Kreistag mehrheitlich befürworteten Lösung „verloren“.

## 7. Förderung unternehmerischer Aktivitäten in Sinzheim/ vorhabenbezogene Bebauungspläne Weingut Kopp und „Haus am See“/Biogas-Anlage

Unterstützt habe ich von Beginn an die Entwicklung der örtlichen Erweiterungsmöglichkeit des Pflegeheimes wie des **Weinbaubetriebes Kopp** (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und den Verbleib der beiden großen Steuerberatungskanzleien an neuen Standorten in Sinzheim.

Mit dem weiteren vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das „Haus **am See**“ konnten wir nun für Vormberg – wider unser Erwarten – einen Investor interessieren, der bereit war, für das dortige Unternehmen eine Fortsetzung zu ermöglichen. *Beide vorhabenbezogenen Bebauungspläne lösten in ihren Erstfassungen Widerstände in der Bevölkerung aus.* Diesen wurde aber durch „Nacharbeit“ mit den Investoren so weit entsprochen, dass die ungeteilte Zustimmung im Gemeinderat zu den Änderungsplänen hoffentlich den Unternehmern und der Bevölkerung akzeptable Lösungen bringt. Nun sind diese beiden Vorhaben auf dem Wege der Realisierung. Ich danke an dieser Stelle den Investoren, der Verwaltung und den Ratskollegen, dass sie hinter den Vorhaben standen und zu machbaren Kompromissen verholfen haben, die aus der Bevölkerung heraus angeregt worden waren.

Am 6. Mai 2020 hat uns unser Sinzheimer Landwirt Stefan Zeitvogel in öffentlicher Sitzung ein **Biogas-Projekt** vorgestellt, das seinen bisher von seinem Vater gepachteten landwirtschaftlichen Betrieb (mit einer Biogasanlage in Winden) *ersetzen* soll an einem neuen Standort zwischen Sinzheim und Müllhofen. Die Gemeinde hat bei diesem Projekt nur ein Recht für eine Stellungnahme – die Entscheidungen für die erforderlichen Genehmigungen fallen im Landratsamt. Die Verwaltung hat aufgrund unserer ausgiebigen Beratungen im Gemeinderat eine Stellungnahme dorthin abgegeben, die vor allem auch die von uns artikulierten Bedenken deutlich macht, die insbesondere den Standort, die Immissionen aus Input, Betrieb und Output, den Verkehr und das Verhältnis zur Alt-Anlage betreffen. Diese Bedenken wird das Landratsamt abzuwägen haben mit den Vorteilen und Nachteilen für Ökologie und Energiewirtschaft, Gesellschaft und den Unternehmer. Letzterer hat auf jeden Fall zugesagt, das Projekt einer öffentlichen Anhörung zu unterziehen.

Es zeigte sich auch bei weiteren Anfragen von Unternehmen, dass wir vom Flächennutzungsplan her sehr eingeschränkt sind in der Neu-Erschließung und dass wir deshalb auch die Unterstützung übergeordneter Gremien (Kreistag/Regionalverband) brauchten. Mein Antrag vom 7. November 2018 stieß dann auch in eine "Lücke": Am 18. Dezember 2018 hatten wir bereits die Verantwortlichen des Regionalverbandes hier bei uns in Sinzheim und konnten in die anstehende Überarbeitung des Regionalplanes unsere Vorstellungen für zusätzliche Gewerbeflächen einbringen.

Leider brauchte es bis zum 12. Februar 2020, bis dann auch im Gemeinderat in öffentlicher Sitzung die Bevölkerung über die Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes unterrichtet werden konnte.

Bleibt zu hoffen, dass die dort gemeinsam entwickelten Ideen bei diesen Behörden (und bei uns) mit positivem Ergebnis für die Gemeinde Sinzheim fortentwickelt werden kann. Denn: Bei Kommune wie Unternehmen besteht großes Interesse daran, eine anerkannt gute Infrastruktur zu nutzen und die hiesigen Arbeitsplätze zu erhalten.

Und wer in unseren Haushalt schaut, der sieht, welche große Bedeutung letztlich auch die Gewerbesteuer für unsere Gemeinde hat – wobei die dahinter stehenden Arbeitsplätze noch bedeutsamer sind! Weitere „Wegzüge“ mangels Lösungen am Ort wie bei Fahrrad-Fuhr – können und wollen wir uns nicht leisten!

## 8. Sinzheim als familienfreundliche Kommune

Seit Jahren hat Sinzheim die Wohnbedürfnisse mit der Entwicklung von Wohngelände (im vergangenen Jahr mit dem Start der Baumaßnahmen im **Neubaubereich in Halberstung**) im Auge gehabt. Die Infrastruktur für die Wohnnutzung – Verkehrsanbindung, Wasser- und Stromversorgung; Arbeitsplätze, Kindergärten und Schulen - wurde so gestaltet, dass es im „Verkehr“ aller miteinander ein „erträgliches Miteinander“ gibt. Die lebensnotwendige Wasserversorgung (Fertigstellung der **Wasserenthärtungsanlage mit PFC-Vorsorge**) wie die Stromversorgung über die örtlichen Gemeindewerke genießen hohe Akzeptanz (und verlangten uns hohe Investitionen ab):



Im **Kindergarten**bereich haben wir mit großem Aufwand bei Investitionen und in der laufenden Betreuung einen Stand entwickelt, der die höheren Anforderungen aktuell und relativ bescheidene „Wartelisten“ abdeckt – wenn auch mal die Unterbringung in einem anderen Teilort erfolgen muss. Und die **Erweiterung des Kindergartens in Kartung** haben wir wegen zu hoher Angebote – mit Erfolg - neu ausgeschrieben und nun fast fertiggestellt.

Auch bei den Grundschulen, der Werkrealschule und der Realschule, wo wir als Schulträger gefordert sind, suchen wir nach **Konzepten, die familienfreundlich, nachfragegerecht und finanzierbar** sind: Mehrkosten notwendiger verbesserter Leistungen wurden und werden erforderlichenfalls auch – ganz oder teilweise - durch freiwillige Leistungen der Gemeinde finanziert, wenn uns dies vertretbar erscheint.

Nachrangig sollten wir aber nach meiner Meinung Projekte angehen, die keine Priorität haben müssen, weil andere Projekte entweder wichtiger sind oder aber ihre Notwendigkeit kritisch zu beurteilen ist. Dazu zählt aus meiner Sicht immer noch die Errichtung einer **Badestelle am Baggersee in Leiberstung:**

Nach dem tödlichen Badeunfall 2014 in Waltersweier – dessen rechtliche Aufarbeitung immer noch nicht abgeschlossen ist – haben auch **wir** (Gemeindeverwaltung, Gemeinderat, Kieswerksbetreiber) uns in Sinzheim dafür entschieden, das schon immer illegale Baden dort aus Sicherheitsgründen zu unterbinden. Dass nun dort eine Badestelle errichtet werden wird nach erheblicher Steigerung der Investitionskosten, weil die unvollständigen Planungen nachgebessert wurden (Parkplatz, Toiletten, etc.) ist leider nun mehrheitlich beschlossen worden, obwohl ein Aufschub zur weiteren Klärung der nach wie vor unvollständigen Planansätze möglich gewesen wäre – angeregt, aber am 27.5.2020 verworfen trotz der unmittelbar vorher bekanntgegebenen drastischen Verschlechterung der Finanzlage!

Diese Projekt fand unverändert **nicht** meine Zustimmung wegen des weiter verbliebenen *Risikos der Gemeinde* und der *unzureichend geschätzten laufenden Kosten wie Investitionskosten*. Und auch deshalb nicht, weil *in zumutbarer Entfernung* unseren Jugendlichen wie Erwachsenen schöne Bäder in Steinbach und in Baden-Baden zur Verfügung stehen und auch in Hügelsheim in unserer Partnergemeinde der Erländersee mit entsprechender Infrastruktur und Aufsicht wieder genutzt werden kann.

Das von mir 2005 erstmals in Baden-Baden und nach einer Zwischenstation 2007 in Bühl erstmals 2008 in Sinzheim abgehaltene **Sinzheimer Ausbildungsforum** hat auch 2018 und 2019 wieder gezeigt, was Privatinitiative in Verbindung mit der öffentlichen Hand vermag: Von den Kommunen Sinzheim und Hügelsheim unterstützt, konnte ich mit den Schulleitern **Unternehmen aus der gesamten Region** dafür gewinnen, hier in Sinzheim ihr Angebot an Praktikums- und Ausbildungsplätzen zu offerieren. So haben Eltern, Schüler und Lehrer alljährlich die Chance gehabt, am Ort das breite Stellenangebot zu begutachten und wohnungsnah ihre beruflichen Wünsche zu testen und: zu realisieren.

Konkret hat uns die Veranstaltung **auch bei Flüchtlingen direkt zu Praktika und Ausbildungsplätzen verholfen**. Und unterjährig konnten über die geschaffenen Kontakte weitere Auszubildungsverhältnisse begründet werden: Zugriff auf Unternehmen und deren Angebot haben die Schüler über die Homepages der beiden Schulen.

Leider mussten wir die diesjährige Veranstaltung vier Tage vor dem Termin absagen, weil das „Corona-Risiko“ uns Verantwortlichen – Schulen - Unternehmen – Gemeinde - zu groß erschien: Bleibt zu wünschen, dass 2021 wieder eine Veranstaltung stattfindet, allerdings: nicht mehr von mir federführend organisiert, da ich schon zuvor 2020 als meine „Endveranstaltung“ angekündigt hatte.

## 9. Entwicklung der Gemeindefinanzen

Verwaltung und Gemeinderat haben für die Bürger dafür Sorge zu tragen, dass mit den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam und zielführend umgegangen wird.

Als Fachmann in Sachen Wirtschaft und Finanzen lege ich selbst großen Wert darauf, dass unsere Mittel – bei der Gemeinde wie bei den Gemeindewerken – im laufenden Bereich wie in der Planung (und dann bei deren Realisierung) in diesem Sinne (und auch: **transparent**) bewirtschaftet werden.

Unsere Haushaltsberatungen genießen leider bei den Bürgern keine große Priorität: Probeweise – weitergehende - öffentliche Beratungen haben wir mangels Interesse wieder abgestellt.

Andererseits waren wir 2018 gezwungen, uns auf das neue Haushaltsrecht einzustellen. Dieses zeigt uns deutlicher, wofür die

Gemeinde die eingenommenen Steuern und Gebühren ausgibt und wie sich der laufende Zuschussbedarf, die Investitionen, unsere Schulden und unser Reinvermögen entwickeln. Permanent steigende Personalaufwendungen (vor allem aus höheren Leistungen in Kindergärten und aus Tariferhöhungen) engen trotz maßvoller Gebührenerhöhungen den Spielraum für notwendige Investitionen m. E. zu sehr ein. Deshalb hatten wir zu Beginn des Jahres 2018 - mehrheitlich und auf meinen Vorschlag hin - auch die seit Jahren unveränderten Hebesätze bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer - auf meine Anregung hin moderat angehoben und an die sonstige Untergrenze im Landkreis angepasst:

Wir sichern damit die Zukunft der Gemeinde über die laufenden Jahre hinaus. Denn so können wir auch zu den direkt von unseren Bürgern für sie selbst gewünschten Ausgaben eher Ja sagen!

Der Haushalt für 2019 ff. erhielt erstmals meine Zustimmung deshalb *nicht*, weil in ihm vorgesehene Baumaßnahmen (Erweiterung Einsegnungshalle; Badestelle Leiberstung) enthalten waren, die ich nicht für notwendig oder nicht ausreichend „kalkuliert“ halte. Oder andererseits Nutzungen von vorhandenem Gemeindevermögen (Festsaal Sankt Vinzenz) aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht erfolgen sollten (dazu separat beim Haushalt 2019).

Nun ist durch „Corona“ - unmittelbar nach Verabschiedung des Haushalts für 2020 (dazu separater Bericht: deutlich schlechtere Lage als im Vorjahr erwartet) und der mittelfristigen Planung bis 2023 erneut eine **extreme Verschlechterung** der Finanzlage der Gemeinde eingetreten.

Auf meine Anregung vom 6. Mai hin hat uns unser Kämmerer am 27. Mai 2020 wesentliche zu erwartende Minderungen unserer Erträge im mittelfristigen Planungszeitraum ebenso aufgezeigt wie von ihm angedachte Änderungen bei den Investitionsvorhaben - die aber nicht die Hälfte des Mindervolumens ausmachen: Die Entscheidungen des Gemeinderats über bisher geplante, aber nicht begonnene, Investitionen sind gefordert.

Leider kommen wir vor der Sommerpause nicht mehr zu weitergehenden Befassungen des zuständigen Ausschusses mit diesem Thema - kostbar Re-Aktionszeit des Gemeinderates wird so ohne Not vertan!

## 10. Zusammenarbeit im Gemeinderat

Wir Gemeinderäte haben in den beiden „vergangenen“ Amtsperioden zu einer guten Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, seiner ganzen Verwaltung und vor allem: in unseren Gremien gefunden.

Nachdem sich der Gemeinderat nach den Wahlen im Mai 2019 deutlich verändert hatte, wünschte ich mir für die kommende Amtsperiode, dass wir in unserer Zusammenarbeit für alle Bürger Sinzheims stets konstruktiv über die Partei-/Gliederungsgrenzen hinweg bleiben. Leider ist dies ein „Traum“ geblieben: Die Verwaltung hat mit ihrer Idee, man müsse die Position der Fraktionen stärken – und damit: die Position der Nicht-Fraktionen (SPD, FDP drohende xx) auf das diesen „Minderheiten“ gebührende Maß zurückfahren – willfährige Mitstreiter in unserem Gemeinderat gefunden:

Mein mit Unterstützung der GfS eingebrachter Antrag, allen im Gemeinderat vertretenen Gliederungen wieder ein Informationsrecht im gemeindlichen Nachrichtenblatt -wie in der Vergangenheit – zu geben, wurde mehrheitlich ebenso abgelehnt wie der Antrag, diesen Gliederungen in den Arbeitskreisen – wie bisher – Sitz und Stimme zu belassen:

So können weder im Arbeitskreis Kindergärten noch im Arbeitskreis Seniorenzentrum SPD und FDP ihre Ideen einbringen und sind darauf angewiesen, dies (erst) im Gemeinderat zu tun. Leider: Informationen *aus diesen Gremien* erhalten sie bei dieser Praxis auch frühestens dort.

## 11. FAZIT

Vergleichen Sie die vorstehende Jahresbilanz mit den vorangestellten FDP-Zielen und auch mit unserem Kommunalwahlprogramm von 2009 – dem ich unverändert auch in der neuen Gemeinderatsperiode treu bleiben will.

Ich habe in den vergangenen 11 Jahren meine Tätigkeit im Gemeinderat entsprechend diesen „Vorgaben“ ausgeübt und sehe für mich persönlich auch die aufgewandte Zeit als sinnvolle Investition in unsere Gemeinde an.